

# **Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2022**

## **Fragebogen Fokussurvey**

## I. Begrüßung

Wir freuen uns über Ihr Interesse an unserer Studie und möchten uns ganz herzlich für Ihre Teilnahmebereitschaft bedanken.

Die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts auf die Energieversorgung in Europa und Deutschland werden zunehmend spürbar und mögliche Lösungen intensiv diskutiert. Vor diesem Hintergrund werden auch die von der neuen Bundesregierung geplanten Ziele und Maßnahmen in den Bereichen der Energie- und Verkehrswende erneut in den Blick genommen.

In dieser kurzen Erhebung würden wir gerne wissen, wie Sie über diese Themen denken. Aber keine Sorge, wenn Sie sich damit noch nicht so viel beschäftigt haben, es geht um Ihre persönliche Meinung und nicht um Fachwissen. Wenn nötig, finden Sie im Laufe der Befragung Erläuterungen und Erklärungen zu den erfragten Aspekten.

Die Befragung führen wir gemeinsam mit dem IASS Potsdam durch (Infobutton: IASS). Das Vorhaben wird im Rahmen des Kopernikus-Projekts Ariadne ([ariadneprojekt.de](http://ariadneprojekt.de)) durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

<p>Das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (englisch Institute for Advanced Sustainability Studies, kurz: IASS) mit Sitz in Potsdam forscht mit dem Ziel, gesellschaftliche Wandlungsprozesse hin zur Nachhaltigkeit zu verstehen, zu befördern und zu gestalten. Zentrale Forschungsthemen sind unter anderem die Energie- und Verkehrswende sowie systemische Risiken und Wechselwirkungen bei gesellschaftlichen Transformationsprozessen.</p>
--

Die Untersuchung dient ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken. Selbstverständlich unterliegt die Studie dem Datenschutz. Alle erhobenen Daten werden anonymisiert erfasst und nur gemeinsam mit den Angaben anderer Befragter ausgewertet. Rückschlüsse auf Ihre Person oder Ihren Haushalt sind nicht möglich.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Ausfüllen des Fragebogens und bedanken uns bereits im Voraus sehr herzlich für Ihre Mitarbeit.

Ihr forsa.omninet-Team

## II. Fragebogen

**Zunächst möchten wir Ihnen einige Fragen zur Energiepolitik in Deutschland stellen.**

**Frage AK41:** Der Russland-Ukraine-Konflikt hat auch Auswirkungen auf die Energieversorgung in Deutschland. Im Folgendem finden Sie eine Reihe von Vorschlägen, was die Regierung zur Sicherung der Energieversorgung tun könnte. Welche(n) der Vorschläge befürworten Sie am meisten?

Bitte wählen sie maximal 3 Antworten aus.

Die Regierung sollte ...

*Items:*

- ak41\_1 ... den Ausbau von Erneuerbaren-Energien durch vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- ak41\_2 ... die Laufzeit der deutschen Kohlekraftwerke verlängern.
- ak41\_3 ... die Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke verlängern.
- ak41\_4 ... den Einbau und die Nutzung von Wärmepumpen stärker fördern, um den Gas- und Ölbedarf im Gebäudebereich zu senken.
- ak41\_5 ... die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen durch die Einfuhr von Gas (einschließlich Flüssiggas) aus mehreren unterschiedlichen Ländern überwinden.
- ak41\_6 ... durch Investitionen das Energiesparen schneller voranbringen, um somit den Energiebedarf im Gebäudebereich und in der Industrie zu senken.
- ak41\_7 keinen davon
- ak41\_8 weiß nicht/keine Angabe

**Frage AK40:** Die Energiepreise sind zuletzt stark angestiegen. Was sollte die Politik aus Ihrer Sicht dagegen tun? Bitte wählen Sie die Aussage aus, die am ehesten Ihrer Meinung entspricht.

- (1) Der Staat sollte nicht eingreifen.
- (2) Die Energiepreise zeitlich begrenzt auf einer bestimmten Höhe festschreiben.
- (3) Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen durch direkte Einmalzahlungen finanziell entlasten.
- (4) Alle Bürgerinnen und Bürger durch eine teilweise Rückerstattung der CO<sub>2</sub>-Steuer finanziell entlasten.
- (5) Die Steuern und Abgaben auf die Energiepreise senken.
- (6) Sonstiges, und zwar: OFFEN
- (7) weiß nicht/keine Angabe

**Im nächsten Abschnitt geht es um Fragen zur Energie- und Verkehrswende in Deutschland.**

Das Konzept der **Energiewende** beschreibt den Umbau der Energieversorgung (Strom und Wärme) von der überwiegenden Nutzung fossiler (Erdöl, Erdgas, Kohle) und atomarer Energieträger hin zu einer Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien aus nachhaltigen Quellen (z. B. Wind-, Sonnenenergie usw.).

Das Konzept der **Verkehrswende** beschreibt den Umbau des heutigen Verkehrssystems hin zu einer nachhaltigeren Mobilität. Dabei ist es einerseits das Ziel, durch die Vermeidung von Verkehr und den Umstieg auf Fahrrad, Bus und Bahn, Energie einzusparen und andererseits durch den Wechsel von Fahrzeugen mit Benzin oder Dieselmotoren auf schadstoffarme/-freie Antriebe den Ausstoß von Treibhausgasen (Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)) zu reduzieren.

**Frage AK34:** Die neue Bundesregierung hat sich im Kontext der Energie- und Verkehrswende die folgenden Ziele gesetzt.

Glauben Sie, dass die gesetzten Ziele erreicht werden?

*Items:*

- ak34\_1 Bis zum Jahr 2030 sollen in Deutschland 15 Millionen batterieelektrische PKW zugelassen sein (Stand 2021: etwa 577.000).
- ak34\_2 Bis zum Jahr 2030 soll es in Deutschland 1 Million öffentlich zugängliche Ladepunkte für E-Autos geben (Stand 2021: etwa 52.000).
- ak34\_3 Bis zum Jahr 2030 sollen die Fahrgastzahlen im Schienenverkehr durch den entsprechenden Ausbau der Infrastruktur verdoppelt werden (Stand 2021: etwa 30 Millionen Fahrgäste pro Tag).
- ak34\_4 Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil der auf der Schiene transportierten Güter auf 25 Prozent erhöht werden (Stand 2021: Anteil liegt bei 19 Prozent).
- ak34\_5 Der Kohleausstieg soll bis zum Jahr 2030 vollzogen werden (bislang bis 2038).
- ak34\_6 Bis zum Jahr 2030 soll 80 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren Energien stammen (Stand 2021: 42 Prozent).
- ak34\_7 Bis zum Jahr 2030 soll 50 Prozent der zum Heizen verwendeten Energie klimaneutral erzeugt werden (Stand 2021: 16 Prozent).

*Antwortkategorien:*

- (1) mit Sicherheit nicht
- (2) eher nicht
- (3) wahrscheinlich
- (4) ja, ganz sicher
- (5) weiß nicht/keine Angabe

**Frage AK35:** In diesem Zusammenhang hat die neue Bundesregierung verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen.

Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Maßnahmen an, ...

...inwieweit Sie diese ablehnen oder befürworten,

...wie ungerecht oder gerecht Sie diese im Allgemeinen finden

...inwieweit Sie diese für wirksam halten, um in Deutschland den Klimaschutz voranzubringen.

*Items:*

- ak35\_1 Ab 2035 sollen keine Neufahrzeuge mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr zugelassen werden.
- ak35\_2 Die Investitionen in den Schienenverkehr sollen deutlich höher ausfallen als die Investitionen in den Straßenverkehr.
- ak35\_3 Der Erhalt und die Sanierung bestehender Straßen sollen Vorrang vor dem Aus- und Neubau von Straßen haben.

- ak35\_4 Bis zum Jahr 2030 sollen 2 Prozent der Fläche in Deutschland für Windkraftanlagen an Land ausgewiesen werden (Stand 2020: 0,8 Prozent).
- ak35\_5 Bis zum Erreichen der Ausbauziele von Erneuerbaren Energien sollen zeitlich befristet die Belange des Tier- und Naturschutzes zurückgestellt werden.
- ak35\_6 Es soll zur Pflicht werden, betroffene Städte/Gemeinden an den Gewinnen aus Windkraft- oder Solarstromanlagen auf Freiflächen finanziell zu beteiligen.
- ak35\_7 Bei gewerblichen Neubauten sollen Solaranlagen zur Pflicht werden.
- ak35\_8 Bei privaten Neubauten sollen Solaranlagen zur Pflicht werden, sofern diese für die Eigentümer finanziell vorteilhaft und bautechnisch möglich sind.

*Antwortkategorien für alle Items:*

- (1) lehne ich stark ab
- (2) lehne ich etwas ab
- (3) weder Befürwortung noch Ablehnung
- (4) befürworte ich etwas
- (5) befürworte ich stark
- (6) weiß nicht/keine Angabe

- (1) sehr ungerecht
- (2) eher ungerecht
- (3) weder noch
- (4) eher gerecht
- (5) sehr gerecht
- (6) weiß nicht/keine Angabe

- (1) unwirksam
- (2) eher unwirksam
- (3) teils/teils
- (4) eher wirksam
- (5) wirksam
- (6) weiß nicht/keine Angabe

**Frage SOS17:** Im Folgenden möchten wir Ihnen einige Fragen zur EEG-Umlage stellen. Die EEG-Umlage ist ein von den Stromverbraucherinnen und Stromverbrauchern bezahlter Zuschlag auf den Strompreis, der der Finanzierung des Ausbaus Erneuerbarer Energien dient und im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegt ist.

Die EEG-Umlage soll bis spätestens zu Beginn des Jahres 2023 abgeschafft, d.h. vollständig durch Bundeszuschüsse finanziert werden, um somit Stromkundinnen und Stromkunden zu entlasten.

Bei durchschnittlichem Energieverbrauch bedeutet dies für Einpersonenhaushalte eine jährliche Ersparnis von etwa 90 Euro, für Zweipersonenhaushalte etwa 110 Euro und für Vierpersonenhaushalte etwa 150 Euro.

- sos17\_1 Inwieweit, wenn überhaupt, stellt die geplante Abschaffung der EEG-Umlage für Ihren Haushalt eine finanzielle Entlastung dar? Bitte antworten Sie anhand der Skala von 1 (= überhaupt keine finanzielle Entlastung) bis 7 (= sehr hohe finanzielle Entlastung). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Bewertung abstufen.

*Antwortkategorien:*

- (1) 1 überhaupt keine finanzielle Entlastung
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7 sehr hohe finanzielle Entlastung
- (8) weiß nicht/keine Angabe

**Frage AK13b:** Die neue Bundesregierung plant neben dem Ausbau Erneuerbarer Energien für einen begrenzten Übergangszeitraum den Bau neuer Gaskraftwerke. Sie werden als Übergangstechnologie auf dem Weg zu einer klimaneutralen Energieversorgung gesehen und müssen später auf den Betrieb mit klimaneutralen Gasen (Wasserstoff) umgestellt werden können.

Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den Bau neuer Gaskraftwerke ablehnen oder befürworten.

*Antwortkategorien:*

- (1) lehne ich stark ab
- (2) lehne ich etwas ab
- (3) weder Befürwortung noch Ablehnung
- (4) befürworte ich etwas
- (5) befürworte ich stark
- (6) weiß nicht/keine Angabe

### **Gruppe 1:**

**Frage AK37:** In Ihrer Stadt/Kommune werden derzeit unterschiedliche verkehrspolitische Maßnahmen diskutiert. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die jeweiligen Maßnahmen ablehnen oder befürworten.

*Items:*

- ak37\_1 Ausbau der Radwege zu Lasten des Autoverkehrs
- ak37\_2 Allgemeines Tempolimit von 30 km/h in Städten

*Antwortkategorien:*

- (1) lehne ich stark ab
- (2) lehne ich etwas ab
- (3) weder Befürwortung noch Ablehnung
- (4) befürworte ich etwas
- (5) befürworte ich stark
- (6) weiß nicht/keine Angabe

### **Gruppe 2:**

**Frage AK37:** In zahlreichen Städten wurden während der Corona-Pandemie kurzfristig sogenannte Pop-Up-Radwege eingerichtet. Dabei handelt es sich um entlang wichtiger Straßen angeordnete Radwege, die helfen sollen, mehr Platz für Radfahrerinnen und -fahrer zu schaffen, um damit das Infektionsrisiko zu verringern sowie die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Vielerorts wurde diese neue

Infrastruktur dauerhaft eingerichtet. Andere Städte/Gemeinden folgen diesem Beispiel und werden den Ausbau der Radwege zu Lasten des Autoverkehrs vornehmen.

Auch in Ihrer Stadt/Gemeinde wurde bereits der Ausbau der Radwege beschlossen und teilweise umgesetzt. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die Maßnahme ablehnen oder befürworten.

*Item:*

ak37\_1            Ausbau der Radwege zu Lasten des Autoverkehrs

*Antwortkategorien:*

- (1) lehne ich stark ab
- (2) lehne ich etwas ab
- (3) weder Befürwortung noch Ablehnung
- (4) befürworte ich etwas
- (5) befürworte ich stark
- (6) weiß nicht/keine Angabe

Einige deutsche Städte haben sich im Sommer 2021 der Initiative für „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ angeschlossen, die innerorts Tempo 30 (außerhalb von Hauptstraßen) umsetzen.

Auch in Ihrer Stadt/Gemeinde wurde bereits innerorts ein Tempolimit von 30 km/h beschlossen und teilweise umgesetzt. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie die Maßnahme ablehnen oder befürworten.

*Item:*

ak37\_2            Allgemeines Tempolimit von 30 km/h in Städten

*Antwortkategorien:*

- (1) lehne ich stark ab
- (2) lehne ich etwas ab
- (3) weder Befürwortung noch Ablehnung
- (4) befürworte ich etwas
- (5) befürworte ich stark
- (6) weiß nicht/keine Angabe

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme an der heutigen Studie!

Wir möchten Sie noch kurz über die Ziele der Studie aufklären. Bitte lesen Sie sich dazu folgende Informationen durch:

Allgemeines Ziel dieser Befragung ist es, die Überzeugungen, Wünsche und Erfahrungen der Bevölkerung im Kontext der Energie- und Verkehrswende in Deutschland zu untersuchen.

In dieser Erhebung haben wir den Status-quo-Effekt auf Einstellungen gegenüber konkreten Maßnahmen untersucht.

Um den Status-quo-Effekt zu untersuchen, wurden die Teilnehmenden in zwei Gruppen aufteilt. In der ersten Gruppe wurde den befragten Personen mitgeteilt, dass aktuell unterschiedliche verkehrspolitische Maßnahmen in ihrer Stadt/Gemeinde diskutiert werden und gebeten anzugeben, inwieweit sie diese befürworten oder ablehnen. Sie wurden der zweiten Gruppe zugeteilt und erhielten die Information, dass diese Maßnahmen (teilweise) bereits umgesetzt wurden bevor sie angegeben haben, ob sie die verkehrspolitischen Maßnahmen befürworten oder ablehnen. Diese Information entspricht nicht der tatsächlichen Situation in Ihrer Stadt/Gemeinde. Wir haben Ihnen diese Informationen gegeben, da wir herausfinden wollen, ob die Personen der zweiten Gruppe, die annimmt, dass die Maßnahmen bereits eingeführt wurden (aktueller Status-quo), anders antwortet als die erste Gruppe.

Falls Sie Interesse an den Ergebnissen der Studie oder generelle Fragen und Anmerkungen haben, können Sie sich sehr gerne bei mir melden:

Ingo Wolf (wissenschaftlicher Projektleiter)

[Ingo.wolf@iass-potsdam.de](mailto:Ingo.wolf@iass-potsdam.de)